

Eine neue Zeitpolitik für Familien braucht den Abschied vom „Normallebenslauf“

Ivonne Famula, Berlin

Zeit lässt sich schwer fassen. Sie ist im Grunde natürlich und ist doch zutiefst von Menschen gemacht. Sie ist für viele ein sehr knappes Gut, während andere, meist unfreiwillig, scheinbar zu viel davon haben. Es gibt eine Menge Sprichwörter, Kunst und geflügelte Worte zum Thema Zeit, die zeigen, wie sehr dieses Thema Menschen und ihr Zusammenleben seit jeher beeinflusst. Der Spruch „Zeit ist Geld“ sei hier nur exemplarisch genannt, weil er für die Gesellschaft der Gegenwart von geradezu symbolischer Bedeutung ist. Denn insbesondere durch die Ausweitung der ökonomischen Rationalisierungslogik auf fast alle Lebensbereiche entwickelt sich eine zunehmende Gleichzeitigkeit und wachsende Fülle von Anforderungen, Ansprüchen, aber auch Handlungsoptionen. Parallel dazu wächst die Sorge vor Kontrollverlust und die Angst, etwas Wichtiges zu verpassen. (vgl. Rosa 2013) Die als permanente Geschwindigkeitserhöhung des Alltags empfundene Situation stellt vor allem für Familien, bei denen sich die gemeinsame Zeit mit wachsender Personenzahl eher verringert als addiert, eine erhebliche Herausforderung dar. Zeitpolitik zielt darauf ab, diese Beschleunigung des Alltagslebens zu reduzieren, Wege zur Entschleunigung zu finden und nachhaltige Strukturen für die Gestaltung von „Alltagszeit“ zu entwickeln. (vgl. Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik.) Die Debatte über Zeit als ein wichtiger Bestandteil der Familienpolitik steht jedoch erst am Anfang.

QUANTITATIVER UND QUALITATIVER ZEITMANGEL IN FAMILIEN

Dabei ist Zeitpolitik gerade für Familien wichtig. Familienleben setzt voraus, dass die in ihr verbundenen Personen gemeinsam Zeit miteinander verbringen können. Es geht dabei nicht um ein zeitliches Nebeneinander von Individuen, sondern um persönliche Zuwendung und geteilte Erfahrungen. Zeit ist eine Voraussetzung dafür, dass Familien ihr Zusammensein leben und individuell gestalten können. Bleibt diese Möglichkeit aus, geraten Familien als soziale Einheit unter Druck. Das Zusammenleben als Familie wird erschwert und verliert als Lebensmodell an Attraktivität. Das hat Folgen für die Gesellschaft insgesamt, die in vielerlei Hinsicht auf die sozialen Funktionen von Familie angewiesen ist. Zeitkonflikte betreffen zudem mehr Frauen als Männer, da sie vielfach noch immer die Hauptverantwortung für den Familienalltag tragen. Ihre besondere Belastung hat die Pandemie mit der absoluten Zuspitzung der Vereinbarkeitsfrage durch die anhaltende Gleichzeitigkeit von Homeoffice, Homeschooling und Hausarbeit mehr als deutlich gemacht. Viele Frauen und Mütter (und auch einige Väter) hat diese Pandemiephase daher bis an die Belastungsgrenze oder darüber hinaus gebracht.

Bereits der Siebte Familienbericht stellte fest, dass Eltern in zunehmendem Maße Zeitprobleme empfinden und in Familien eine „gefühlte Zeitnot“ existiert. „Zeitprobleme ergeben sich für Familien nicht alleine aus einem unzureichenden quantitativen Zeitbudget, sondern ebenso aus einer unzureichenden Qualität von Zeit, d. h. aus Belastungen, die Zeitdruck und Verdichtung von Zeit, Parallelaktivitäten und Synchronisationsprobleme, Fremdbestimmtheit und mangelnde Zeitsouveränität u. a. m. umfassen.“ (Siebter Familienbericht 2008, S. 229) Die Idee, den generellen Zeitmangel durch eine intensiver genutzte „Quality Time“ auszugleichen, erweist sich im Familienalltag denn auch häufig als Illusion. Nicht zuletzt aufgrund dieser Erkenntnis widmete sich der darauf folgende Familienbericht dem Schwerpunkt Zeit und den Zielen, Familien mehr Zeitsouveränität zu ermöglichen, Zeitstrukturen besser zu synchronisieren und Zeit umzuverteilen. (vgl. Achter Familienbericht, 2012)

ARBEIT ALS WICHTIGSTES ZEITPOLITISCHES HANDLUNGSFELD

Gegen das Gefühl, im sprichwörtlichen „Hamsterrad“ festzustecken, hilft auch die beste individuelle Zeitplanung kaum, wie Familien aus leidvoller Erfahrung wissen. Beeinflusst wird die innerfamiliäre Zeitgestaltung vielmehr von Anforderungen, die von außen auf die einzelnen Familienmitglieder wirken. Das sind vor allem die Systeme von Kita- und Schule, die Verfügbarkeit allgemeiner Infrastruktur, Verkehrsplanung und Wegezeiten oder Aufgaben von Dritten, die an die Familien herangetragen werden, um hier nur einige zu nennen. Die wichtigste Einflussgröße auf die Zeit von Familien ist und bleibt allerdings der Faktor Arbeit. Gerade die Erwerbstätigkeit erfährt durch das allgegenwärtige Leitbild von (noch mehr) Effizienz sowie die Digitalisierung von Wirtschafts- und Kommunikationsprozessen eine Beschleunigung, die nachgelagert auch auf andere Lebensbereiche einwirkt und damit universellen Charakter gewinnt. Je mehr Menschen mit Familie und Care-Aufgaben zeitgleich einer Erwerbstätigkeit nachgehen, desto folgenreicher sind zudem die zeitlichen Rahmenbedingungen der Arbeitswelt für die Gestaltungsmöglichkeiten des Zusammenlebens und der familiären Aufgaben. Trotz der technischen Fortschritte, die für sich genommen eigentlich mehr freie Zeit ermöglichen könnten, entsteht auf der Kehrseite durch die gleichzeitig wachsende Zahl an Optionen und Aufgaben immer mehr Zeitknappheit. Dieser Beschleunigungsdruck des Arbeitslebens beeinflusst wiederum das Wohlbefinden und die Lebensqualität von Beschäftigten, mit Folgen auch für ihr soziales Umfeld, wie die Familie. (Mückenberger 2021, S.3) Zudem definieren arbeits-



marktpolitische und sozialversicherungsrechtliche Anreize und Sanktionen einen „fiktiven Normallebenslauf“, der auf einer möglichst unterbrechungslosen Vollzeittätigkeit, dem sogenannten ‚traditionellen männlichen Erwerbsmodell‘ beruht. Abweichungen davon sind häufig riskant und wirken sich ökonomisch negativ aus. (ebd.) Diese Erfahrung wirkt sich ebenfalls auf die Zeitverwendung und Gestaltung des Familienlebens aus. Das Gefühl der permanenten Zeitknappheit erhöht sich zusätzlich, wenn beide Elternteile berufstätig sind.

„Dass streckenweise lebensfeindliche Erwerbsarbeit die (zeitlichen) Lebens- und somit auch Familienverhältnisse der aktuell lebenden Menschen derart dominiert und ‚kolonisiert‘, bedarf der Korrektur.“ (ebd. S. 4) Die Familienpolitik hat das Thema Zeit mittlerweile als Handlungsfeld für sich erkannt. Offen bleibt allerdings, mit welcher Stoßrichtung. Denn nicht immer scheint es dabei primär um die Interessen der Familien zu gehen.

Am bekanntesten sind sicherlich die Elternzeit- bzw. Elterngeldregelungen. Mit einer Gesamtdauer von bis zu 14 Monaten (bei gestrecktem Bezug bis zu 28 Monate bzw. jeweils mehr bei Frühgeburten) wird Eltern von Neugeborenen damit in einer besonders anspruchsvollen Familienphase eine Unterbrechung der Erwerbsarbeit ermöglicht.¹ Gleichzeitig sind jedoch Regelungen vorgesehen, die eine parallele Fortführung der Berufstätigkeit neben der Familie unterstützen, wenn nicht gar fördern: wer gleichzeitig zur Betreuung eines Kindes in Teilzeit erwerbstätig ist, kann in Kombination mit der verlängerten Bezugszeit des Elterngeldes (ElterngeldPlus) eine höhere Summe an Elterngeld beziehen, als bei Nutzung der regulären Bezugszeit. Wenn beide Elternteile gleichzeitig neben der Kinderbetreuung in Teilzeit arbeiten (jeweils vollzeitnaher Umfang, 24-32 Wochenstunden), können sie als Partnerschaftsbonus außerdem zusätzliche Elterngeldmonate erhalten. Politisch werden damit trotz Ermöglichter Auszeit spürbare Anreize für eine möglichst kurze Unterbrechung der Erwerbstätigkeit gesetzt, was sowohl den Druck auf Familien erhöht als auch deren Alltagszeit weiter beschleunigt. Einen solchen Anreiz setzt auch die gegenüber der Elternzeit generell kürzere Bezugsdauer des Elterngeldes. Obwohl Eltern bis zu drei Jahre in Elternzeit gehen könnten, kehren die meisten Familien nach dem Wegfall des Elterngeldes in den Beruf zurück.

Parallel zur Elternzeit gibt es am anderen Ende des Lebensverlaufs mit der Pflege- und der Familienpflegezeit ebenfalls zeitpolitische Maßnahmen, die ein phasenweises Aussetzen der Erwerbstätigkeit oder zumindest eine Reduktion des Arbeitsumfangs erlauben. Allerdings gilt dies erst ab einer Unternehmensgröße über 15 Mitarbeitenden (Pflegezeit) bzw. 25 Mitarbeitenden (Familienpflegezeit). Beide Zeiten gemeinsam dürfen eine Höchstdauer von 24 Monaten nicht überschreiten und es muss zumindest während der Familienpflegezeit

eine Erwerbstätigkeit im Umfang von 15 Wochenstunden ausgeübt werden.²

Neben diesen Maßnahmen, die ausdrücklich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Blick nehmen, gibt es weitere zeitpolitische Instrumente aus dem Arbeitsrecht, die jedoch nicht ausschließlich auf Familien zielen. Genannt seien hier vor allem die Bestimmungen zur Teilzeitarbeit (insbesondere die Brückenteilzeit mit fest vereinbartem Rückkehrrecht), zur möglichen Flexibilisierung von Lage und Dauer der Arbeitszeit oder auch zur Einführung von Arbeitszeitkonten in Unternehmen. Viele dieser Regelungen setzen jedoch bestimmte Anforderungen auf Seiten des Unternehmens und bzw. oder der Beschäftigten voraus und sind damit nicht universell verfügbar.

FAMILIENZEIT ZWISCHEN REALPOLITIK UND UTOPIE

Grundsätzlich ist es begrüßenswert, dass Zeitpolitik und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den zurückliegenden Jahren an Bedeutung gewonnen haben, denn Frauen wie Männer brauchen Freiheit bei der Wahl und der Gestaltung ihres Alltags- und Familienlebens. Dennoch zeichnet sich eine deutliche Verschiebung im Diskurs über Familienzeit ab. War es vor nicht allzu langer Zeit noch das familienpolitische Ziel, Auszeiten für öffentlich wünschenswerte Aufgaben wie Kindererziehung oder Pflege zu ermöglichen, scheint es bei der Zeitpolitik heute weniger um die Bedürfnisse der Familien zu gehen als um wirtschaftliche Ziele. Das lässt sich am Beispiel des neuen Elterngeldes gut illustrieren. Durch dessen Einführung, so hieß es in den Vorüberlegungen, würden „die Anreize erhöht, früher in den Job zurückzukehren. Eine mehrjährige Abwesenheit vom Arbeitsplatz führt zu einer Lücke in der Erwerbsbiografie und begründet die Dequalifikation der Beschäftigten.“ (Suttner, 2019, S. 18) Es scheint, als hätte sich die Familienpolitik im Fahrwasser der Armutsvermeidung sowie der Gleichstellung „parteiisch auf die Seite der Arbeitsmarktakteure geschlagen“ (ebd. S. 18), indem sie den von Arbeitsmarkt und Sozialversicherung propagierten vermeintlichen „Normallebenslauf“ zum zentralen Maßstab erhebt.

Dennoch gab es in der Familien- und Arbeitspolitik der letzten Jahre durchaus Überlegungen zu neuen zeitpolitischen Vorstößen. So hatte die SPD vor der Wahl die Einführung einer sogenannten Familienarbeitszeit geplant. Mit ihr sollten Familien zwischen dem ersten und achten Lebensjahr des Kindes für je 10 Monate zusätzlich unterstützt werden, wenn beide Elternteile gleichzeitig berufstätig sind und währenddessen für ihr(e) Kind(er) sorgen oder die Pflege von Angehörigen übernehmen. Voraussetzung war auch hier eine zwar reduzierte, aber vollzeitnahe Arbeitszeit. Für die Zeit der eingeschränkten Erwerbstätigkeit sollten Eltern bzw. pflegende Angehörige 200 bis 900 Euro monatlich erhalten.

¹ Unter der Bedingung, dass sich beide Elternteile gemeinsam bei der Betreuung des Kindes beteiligen. Alleinerziehende erhalten ebenfalls bis zu 14 Monate Elterngeld.

² Während die Pflegezeit unbezahlt bleibt, ist eine Förderung der Familienpflegezeit durch ein zinsloses Darlehen möglich, dass allerdings 48 Monate nach Beginn der Freistellung zurückgezahlt werden muss.

Mit dieser Ergänzung des ElterngeldPlus sollten Eltern mehr Zeit für besondere Lebensphasen oder Aufgaben bei der Kindererziehung erhalten. (vgl. SPD 2021) Auch die Grünen hatten weitreichende Vorschläge zur Ausweitung der Elterngeld und -zeitregelungen gemacht, die beinahe eine Verdoppelung des heutigen Zeitbudgets bedeutet hätten.³ Vor allem letztere Idee bot einen Vorgeschmack darauf, wie eine familienfreundliche und geschlechtergerechte Zeitpolitik aussehen könnte. Beide Projekte finden sich im Koalitionsvertrag der Ampel allerdings nicht wieder. Ohnehin fristet das Thema Zeit für Familien in der Absichtserklärung der aktuellen Regierung ein Schattendasein. Es bleibt bei knappen Absichtserklärungen, wonach die Elternzeit um einen zusätzlichen Partnerschaftsmonat verlängert, zwei zusätzliche Wochen für den oder die Partner:in der Mutter direkt im Anschluss an die Geburt eines Kindes eingeführt und eine Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld für Pflegezeiten gewährt werden sollen. Zusätzlich plant die Regierung, Arbeitnehmer:innen mehr Flexibilität sowohl bei der Arbeitszeitgestaltung als auch beim Arbeitsort zu gewähren, ohne jedoch Details dazu zu nennen und ohne dass klar wird, ob diese neue Flexibilität im Ergebnis wirklich den Arbeitnehmer:innen oder eher den Arbeitgeber:innen zugutekommen wird.

Diese geplanten Zeitmaßnahmen sind für sich genommen positiv zu werten, sie lassen jedoch mit Blick auf die anhaltende Beschleunigung des Lebens von Familien und deren wachsende Zeitnot zumindest mangels Konkretisierung kaum einen nennenswerten zeitpolitischen Fortschritt erkennen. Einzig die bezahlten Pflegezeiten sind eine deutliche Neuerung, die für Familien die Inanspruchnahme eines solchen Zeitbudgets erheblich erleichtern dürften. Es ist auf jeden Fall begrüßenswert, dass die Regierung hier die langjährige Forderung des Familienbunds nach einer Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige, in Anlehnung an das Elterngeld, aufgreift. Denn Familien leisten mit der Pflege von Angehörigen einen äußerst wichtigen Beitrag, sozial wie ökonomisch. Insgesamt fällt jedoch auf, dass alle bisherigen Überlegungen und Maßnahmen weiter an dem strikt chronologisch ablaufenden Modell von Elternzeit, Kita und Schule, Arbeit, Rente festhalten. Doch wie gut passt die Gestaltung des eigenen Familienlebens tatsächlich noch in dieses enge Phasenmodell? Wie wollen wir in Zukunft, gerade auch in den Sozialversicherungen, mit Brüchen, Kurven und unerwarteten Wendungen im Lebensverlauf von Frauen und Männern umgehen?

Eine ganz andere Lösung bietet mit Blick auf veränderte Biografien und mehr Freiheit bei der (Familien)Lebensgestaltung das Optionszeitmodell. Es sieht vor, dass allen Menschen in ihrem Erwerbsverlauf ein umfangreiches, frei einsetzbares Zeitbudget zur Verfügung steht, damit sie ihre Arbeit zugunsten gesellschaftlich relevanter

Tätigkeiten unterbrechen bzw. reduzieren können und während dieser Zeit auch finanziell abgesichert sind. Im Kern soll vor allem die Sorgearbeit, d. h. die Fürsorge für Kinder, Alte und Kranke, unterstützt werden, wobei dafür laut Modell nicht zwingend ein Verwandtschaftsverhältnis vorliegen muss. Die Optionszeiten sollen nach dem Vorschlag des interdisziplinären Teams aus Rechts- und Sozialwissenschaftler:innen teils von Unternehmen, teils vom Staat und teils von den Arbeitenden selbst finanziert werden. Eine vom Parlament kontrollierte Instanz soll das Zeitsystem verwalten. Auf diese Weise sollen „atmende Lebensläufe“, d.h. flexible Berufsbiografien für alle Geschlechter möglich werden. Als verfügbares Zeitbudget ist, basierend auf Berechnungen des tatsächlichen Zeitbedarfs, bisher ein Umfang von neun Jahren vorgesehen. Auszeiten und Reduzierungen im Umfang der Erwerbsarbeit sollen dabei mindestens teilweise mit einer existenzsichernden Ersatzleistung vergütet werden. (vgl. DGfZ) „Das Optionszeitenmodell bedeutet den Abschied von der Norm der männlichen Erwerbsbiografie mit durchgängiger Vollzeitarbeit, die Unterbrechungen und Teilzeit als Abweichung kennzeichnet“ (ebd.)

GEDANKEN ZU EINER NEUEN FAMILIENZEITPOLITIK

Um den enormen zeitlichen Druck in Familien zu reduzieren, braucht es aus Sicht des Familienbundes grundsätzlich mehr Flexibilität bei der Gestaltung von Arbeitszeiten sowie mehr Möglichkeiten der (vorübergehenden, ggf. auch vollständigen) Reduktion des Arbeitsumfangs. Dies zeigen nicht zuletzt die Erfahrungsberichte von Familien in der Pandemie, als mit dem ersten Lockdown im März 2020 die Arbeit im Homeoffice möglich wurde, was bei zugleich reduzierten Effizienz-Erwartungen zumindest einigen Familien neue Spielräume der Zeitgestaltung und trotz aller Herausforderungen auch eine gewisse Entschleunigung ermöglichte.⁴ (vgl. Ebner; Gründler, 2021) Insgesamt betrachtet erlebte die Mehrheit der Familien jedoch gerade die Pandemiezeit als besondere Belastung und Überbeanspruchung durch viele gleichzeitige familiäre und berufliche Anforderungen.

Hier zeigt sich auch ein notwendiger zweiter Ansatzpunkt für eine neue Zeitpolitik. Arbeit beeinflusst die Zeit von und für Familien einerseits durch ihren zeitlichen Umfang, andererseits durch ihre strukturelle Gestaltung. Um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können, müssen daher beide Aspekte zeitpolitisch berücksichtigt werden. Die Maßnahmen in der Familien- und Arbeitspolitik konzentrieren sich bisher allein auf eine Verkürzung oder phasenweise Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Ihr Schwerpunkt liegt auf der vorübergehenden Freiheit von Erwerbsarbeit. Sie lassen aber die ebenfalls notwendige Überprüfung der Gestaltung der Arbeit selbst und damit die Freiheit in Erwerbsarbeit

³ Das Modell der Grünen sah eine Erhöhung und Neuaufteilung der Elterngeldmonate vor. Pro Elternteil waren je 8 Monate nicht-übertragbare Elternzeit vorgesehen plus weitere 8 Monate, die unter den Partner:innen frei aufgeteilt hätten werden können. (vgl. Dörner)

⁴ Abhängig vom Beruf und den sonstigen verfügbaren Ressourcen sowie individuellen Bedingungen wurde diese Phase von Familien sehr unterschiedlich erlebt. Nicht alle Familien haben tatsächlich eine Entschleunigung erfahren können.

komplett unberücksichtigt. (vgl. Mückenberger 2021) Dabei liegt gerade hier ein wichtiger politischer Hebel für Veränderungen, die nicht nur den Familien zugutekommen, sondern der Gesellschaft als Ganzes. Die Entschleunigung von Arbeit selbst könnte Teil einer nachhaltigen Antwort sein auf aktuelle Herausforderungen wie den demografischen Wandel, die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die Digitalisierung und möglicherweise durch eine rücksichtsvollere Form des Wirtschaftens und Ressourcenverbrauchs auch den Klimawandel. Was wir brauchen ist eine gesamtgesellschaftliche Debatte darüber, wie wir Arbeit zukünftig neu gestalten wollen und welchen Stellenwert Arbeit(zeit) und private Zeit gesamtgesellschaftlich wie individuell für uns haben.

Damit verbunden ist auch der Auftrag, die nachgelagerten sozialen Sicherungssysteme von ihrer Zentrierung auf eine durchgehende und vollumfängliche Erwerbstätigkeit stärker zu entkoppeln. Das derzeitige System der Arbeit, aber auch das System der Alterssicherung, sind strukturell auf eine durchgehende Erwerbstätigkeit mit möglichst keinen oder nur kurzen Unterbrechungen ausgelegt. Veränderungen bei der Zeit für Familien müssen daher immer auch Reformen bei der sozialen Sicherung nach sich ziehen, insbesondere bei der Rente. Der Familienbund setzt sich hier seit vielen Jahren für eine stärkere Anerkennung von Familienleistungen gerade bei der Rente ein.

Familien brauchen mehr Flexibilität, um Erwerbsleben und Sorgeaufgaben passend zu ihren individuellen Bedürfnissen miteinander vereinbaren zu können. Vereinbarkeit geht dabei über die reine Parallelität von Arbeit und Familienleben hinaus. Nötig sind für Familien Zeitphasen einer kompletten Unterbrechung sowie einer spürbaren Reduzierung von Erwerbstätigkeit in Kombination mit einer grundsätzlichen Entschleunigung von

Arbeit. Flexible Zeitoptionen, die zu ‚atmenden Lebensläufen‘ führen, könnten wesentlich dazu beitragen, Pausen im sprichwörtlichen Hamsterrad aus Beruf, Kindererziehung und Pflege zu ermöglichen und den Druck auf Familien – der vielfach besonders auf Müttern und Frauen lastet – zu lindern. Hierbei wird es auch darauf ankommen, Ersatzleistungen für Phasen der Arbeitsreduzierung einzuführen, die allen Familien die Nutzung der Zeitoptionen möglich machen, und auch Folgesysteme auf diese veränderten Erwerbsbiografien auszurichten. Gegebenenfalls könnten diese zeitpolitischen Maßnahmen sogar nicht nur Familien, sondern allen Erwerbspersonen offenstehen.



Ivonne Famula

wissenschaftliche Referentin,
Bundesgeschäftsstelle
Familienbund der Katholiken

Foto: privat

Literaturverzeichnis

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*. Siebter Familienbericht, 2006. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/76276/40b5b103e693dacd4c014648d906aa99/7-familienbericht-data.pdf>.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: *Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik*. Achter Familienbericht, 2012. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93196/b8a3571f0b33e9d4152d410c1a7db6ee/8-familienbericht-data.pdf>.

Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (DGfZ): *Optionszeitmodell und atmende Lebensläufe*. <http://zeitpolitik.org/impulse#optionszeiten>.

Dörner, Katja, MdB, *Mehr Zeit für Familien ermöglichen*. In: *Stimme der Familie*, 06/2019, S. 6-11.

Ebner, Christian; Gründler, Stephan: *Arbeit und Leben im Lockdown – Herausforderungen und Lösungsansätze erwerbstätiger Eltern in Zeiten der Corona-Pandemie*. In: *Stimme der Familie* 02/2021, S. 14-16.

Mückenberger, Ulrich: *Zeit und Familie im Focus des Rechts: Wege zur zeitachtsamen Veränderung der Arbeitskultur*. In: *Stimme der Familie*, 02/2021, S. 3-13.

Rosa, Hartmut: *Beschleunigung und Entfremdung. Entwurf einer kritischen Theorie spätmoderner Zeitlichkeit*. 2013.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands: *Das Zukunftsprogramm. Wofür wir stehen. Was uns antreibt. Wonach wir streben*, 2021. <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>

Suttner, Bernhard G.: *Schlechte Chancen im 24-Stunden-Rennen? Thesen gegen die Familienfeindlichkeit der Wachstums- und Beschleunigungsgesellschaft*. In: *Stimme der Familie*, 06/2019, S. 18-23.

Alle Links wurden am 22.05.2022 abgerufen.